

## LESERBRIEF

---

### Bürgerbefragung statt Gutachten

#### Zum Fluglärm

Wenn ich lesen muss, dass die gewählten Volksvertreter sich mal wieder auf die Spur von Fraport setzen lassen und allen Ernstes überlegen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, in dem überprüft werden soll, ob Dauerlärm, und genau der steht Offenbach bevor, schädlich ist oder nicht, frage ich mich, wo die eigentlich leben. Hier bedarf es keines Gutachtens, das Millionen kostet, sondern nur eine Umfrage bei den Betroffenen. Wenn die Bewohner von Bieber-Waldhof, Bieber und Tempelsee befragt werden, was sie nachts drei, vier Mal aus dem Schlaf reißt, haben sie das Ergebnis. Sie könnten an der Berliner Straße, dem Odenwaldring oder der Seligenstädter Straße den Abend und die Nacht ruhig verbringen, wenn nicht die Flieger kämen. Auch hier nur eine einfache Befragung und kein Gutachten.

Das Gutachten hat nur den Zweck, Zeit zu gewinnen und um dann nachzuweisen, dass die Lärmeinwirkung durch die Flugzeuge von dem Lärm durch den Straßenverkehr nicht zu trennen ist und deshalb Konsequenzen seriös nicht gezogen werden können. Da nachts weniger Flieger fliegen, wird nicht nur der Fluglärm, sondern, da das Gutachten ja alle Lärmverursacher einbeziehen muss, auch die Nachtigall und die Amsel einbezogen. Das kennen wir alles von der angeblich nicht messbaren Belastung durch den Feinstaub. Auch hier wird alles in eine Suppe gerührt, deren Zusammensetzung nicht mehr aufzuschlüsseln ist. Nach Kerosin, und damit fährt kein Auto, wird wegen des befürchteten Ergebnisses gar nicht gesucht.

So wird es uns mit dem Lärmgutachten auch gehen. Unter dem Vortäuschen, besonders sorgfältig zu sein, werden wir hinters Licht geführt. Es wird uns eine Suppe vorgesetzt, in der jeder Lärm so verrührt ist, dass eine eindeutige Zuweisung zu den Flugzeugen nicht möglich ist und die Bürger, da sie die Nachtigall hinnehmen, auch den Jumbo ertragen müssen. Unsere Abgeordneten sollten den Kopf schütteln. Dann nehmen sie solchen Unfug vielleicht nicht mehr hin oder geben zu, dass sie Zwängen unterliegen. Sonst besteht die Gefahr, dass wir sie für einfältig halten und unser Wahlverhalten überdenken. **Wilhelm Uhl**